

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 31 (1952)
Heft: 1

Artikel: Neonazistische Strömungen in Deutschland
Autor: Thürig, Werner
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336630>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

N 11 ae

ROTE REVUE

31. Jahrgang

Januar 1952

Heft 1



WERNER THÜRIG

Neonazistische Strömungen in Deutschland

Die Lage nach 1945

«Es ist unser unabänderlicher Vorsatz, den deutschen Militarismus und Nazismus zu vernichten und eine Sicherheit dafür zu schaffen, daß Deutschland nie wieder imstande sein wird, den Frieden der Welt zu stören. Wir sind fest entschlossen, alle bewaffneten deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen, für alle Zeiten den deutschen Generalstab aufzuheben, der wiederholt das Wiederaufleben des deutschen Militarismus bewerkstelligte . . .» verkündeten Churchill, Roosevelt und Stalin in der Erklärung von Jalta. Dies war am 12. Februar 1945, also kurz vor dem Zusammenbruch des Nazireiches. Nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, in der Berliner Konferenz vom Sommer 1945, wurde der gleiche Wille erneut bekundet, und er fand seinen Niederschlag im Potsdamer Abkommen, wo es unter anderem heißt:

«Das Ziel dieses Abkommens ist die Erfüllung der Krim-Deklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet werden, und die Verbündeten werden im gegenseitigen Einvernehmen jetzt und künftighin auch andere Maßnahmen treffen, die notwendig sind, damit Deutschland nie wieder seine Nachbarn oder die Aufrechterhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohe.»

Zur Erreichung dieses Zieles bestimmte das Abkommen die Auflösung aller militärischen und halb-militärischen Organisationen und sämtlicher Nazi-institutionen. Zugleich wurden Sicherungen verlangt, um jedes Neuerstehen zu verhindern und um jede nazistische und militaristische Tätigkeit sowie Propaganda zu unterbinden. Ebenso fordert das Abkommen die Verhaftung und Aburteilung der Kriegsverbrecher und Naziführer sowie die Entfernung aller nationalsozialistischen Parteimitglieder, die mehr als eine nominelle Tä-

tigkeit ausübten, aus allen öffentlichen und halböffentlichen Stellen sowie verantwortlichen Posten der Privatbetriebe.

Die militärische Besetzung Deutschlands durch die Sieger vollzog sich in vier Zonen. Die Westmächte gaben zudem dem Verlangen der Russen und Polen zu einer Veränderung ihrer Westgrenzen nach. Östliche Gebiete Polens gelangten in sowjetrussischen Besitz, dafür wurde das Gebiet östlich der Oder-Neiße (Pommern, Ostpreußen, Schlesien, Danzig) unter polnische Verwaltung gestellt bis zur endgültigen Regelung der Westgrenze im Friedensvertrag. Diese Entscheidung war verbunden mit einer Zwangsumsiedelung der Bevölkerung. Die deutsche Bevölkerung im nun unter polnischer Kontrolle stehenden Territorium sowie aus dem Sudetenland und verschiedenen osteuropäischen Ländern, insgesamt 12 Millionen Menschen, strömten als Heimatvertriebene in den besetzten Teil Deutschlands, davon zwei Drittel in die heutige Bundesrepublik. Die Auseinandersetzung mit dem braunen Regime wurde dem deutschen Volk von den Siegermächten abgenommen und spielte sich mehr auf juristischem denn politischen Boden ab. Durch juristische Verfahren (Kriegsverbrecherprozesse und Entnazifizierung) sowie eine «Umerziehung zur Demokratie» versuchten die Alliierten, den Nazismus auszurotten und ihrem in den verschiedenen Erklärungen niedergelegten Kriegsziel näher zu kommen.

Die Jagd nach «Persil»-Scheinen

Vor vier Jahren, in Nr. 11, 1947, wurde in der «Roten Revue» die Frage der «Entnazifizierung in Deutschland» von Karl H. Müller eingehend erörtert. Die Schwierigkeit, aber zugleich auch Fragwürdigkeit dieses Verfahrens fand in diesem Aufsatz eine ausgezeichnete Beleuchtung. Dem Verfasser des erwähnten Artikels kann nur beigespflichtet werden, wenn er 1947 schrieb:

«Eine gründliche Entnazifizierung des deutschen Volkes ist nur zu erreichen bei Vorhandensein einer genügenden Anzahl von qualifizierten demokratischen Persönlichkeiten, die sich bei der Durchführung ihrer schwierigen Aufgabe, wenn nicht auf die Mehrheit, so doch auf einen großen Teil der Volksmassen stützen können. Beides ist aber leider nicht der Fall. Am Beispiel der Entnazifizierung tritt nur zutage, was hier schon des öftern betont worden ist, daß nämlich *die Zahl der wirklichen, konsequenten Antifaschisten in Deutschland außerordentlich klein und die Mehrheit des deutschen Volkes noch immer — oder schon wieder — faschistisch verseucht ist.* Von den Fällen direkter Bestechung oder sonstiger Beeinflussung von Spruchkammermitgliedern abgesehen, nehmen viele Entnazifizierungsverfahren deshalb einen so unerfreulichen Verlauf, weil sich immer wieder Menschen finden, die den Angeklagten ein ‚anständiges‘ Verhalten bescheinigen, während umgekehrt die Zahl der gewichtigen Belastungszeugen verhältnismäßig gering bleibt. Es kann daher nicht überraschen, daß es sogar manchem ‚Großen‘ gelungen ist, durch die Maschen des an sich klaren Gesetzes zu schlüpfen.»

In der Zeit verkrochen sich manche in ihre Mauselöcher, verhielten sich vorläufig still, um «bessere Zeiten» abzuwarten. Viele, die noch bis zum Schluß, «getreu ihrem Eide» zum «Führer» hielten, wollten plötzlich schon immer konsequente Gegner des Nazismus gewesen sein, die nur gezwungen mitmachten. Es erfolgte eine erbärmliche Jagd nach «Persil»-Scheinen, nach Reinwaschungszeugnissen, und massenweise wurden derartige Entlastungsbeweise besorgt. Dadurch mußte das Entnazifizierungsverfahren sich als eine recht zweifelhafte Angelegenheit erweisen, um so mehr, als in der Ostzone ehemalige Nazi und gar SS-Leute ausgenommen wurden, wenn sie in die SED eintraten!

Militär-Regierungen sind in ihrer Grundhaltung stets reaktionär, daher ist es nicht verwunderlich, daß diese nichts mehr als eine soziale Revolution fürchteten! Und zur Aufrechterhaltung von «Ruhe und Ordnung» stützte man sich zu einem guten Teil auf «alte und bewährte Fachleute». Leider ist es eine sehr bedauerliche Tatsache, daß in der englischen Zone die reaktionären Bestrebungen sich am stärksten auswirkten. Viele Leute in verantwortlichen Stellen der englischen Besatzungsmacht fielen auf durch eine völlige Unkenntnis der deutschen Lage, Konzeptionslosigkeit und Untätigkeit. Da sie zumeist auch kein Wort Deutsch verstanden, waren sie auf ihre deutschen Sekretärinnen und Dolmetscherinnen angewiesen. Und unter diesen gab es eine stattliche Zahl ehemaliger BDM-Angehöriger, die wohl die Fassade, aber nicht die Gesinnung geändert hatten und ihre Vertrauensstellung hemmungslos mißbrauchten.

Ein junger Genosse, Halbjude, während der Nazizeit nach England emigriert, übernahm nach 1945 die Leitung der Gewerkschaftsjugend einer niedersächsischen Stadt. Wegen seiner persönlicher Verbindungen mit Labour-abgeordneten konnte man ihm nicht gut den Weg zu Diskussionsabenden in der «Brücke», dem öffentlichen Lokal der Engländer, versperren. Doch bereitete man ihm größte Schwierigkeiten, wenn er versuchte, Gesinnungsgenossen mitzunehmen. Dafür waren die Rechtskreise gut vertreten, und das große Wort gab Adolf von Thadden, der jetzige Bundestagsabgeordnete der Deutschen Reichspartei, an.

Bereits in der November-Nummer 1947 der «Roten Revue» wurde festgestellt, daß die englische Zone einen Hort der Reaktion und der beliebteste Schlupfwinkel für Kriegsverbrecher sei. Karl H. Müller schrieb damals: «Unbestreitbare Tatsache ist jedenfalls, daß in keiner Zone Deutschlands faschistische und reaktionäre Bestrebungen so offen zur Schau getragen werden wie in der britischen . . ., wo die ehemaligen Nazi zahlreiche sichtbare

und sicherlich noch mehr unsichtbare Machtpositionen erhalten oder schon wieder eingenommen haben . . .»

Der politische Unterschlupf der ehemaligen Nazi

Vorerst suchten ehemalige Nazi, deren Jagd nach «Persil»-Scheinen mit Erfolg gekrönt war und die entnazifiziert wurden, in den Rechtsparteien und den sich bildenden konservativen Organisationen Unterschlupf zu finden. Als Beispiel sei bloß Dr. Dorls, der heutige Parteivorsitzende der SRP, angeführt. Seit 1929 Mitglied der NSDAP und dann auch Mitglied der SS, wirkte er als Lehrer auf der NS-Schulungsburg Erwitte. Nach 1945 betätigte er sich eifrig als «Persil»-Scheine-Sammler, um sein «konterrevolutionäres Verhalten» und seine angebliche Inhaftierung wegen systematischen Schmuggels ausländischer Zeitungen nachzuweisen. Von 1947 bis 1949 wirkte er in der CDU als Redaktor und Mitarbeiter Dr. Gerekes, des damaligen niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums der CDU.

Das Marschland und die Heide scheinen besonders guter Boden für politisches Unkraut zu sein. Es ist auffallend, wie viele ehemalige und unbelehrbare Nazi, die mit dem Flüchtlingsstrom aus dem Osten kamen, sich gerade dort niederließen. In dem Maße, wie die Entnazifizierung eingestellt wurde und die Besatzungsmächte die Zügel lockerten, es daher nicht mehr nötig war, ein antinationalsozialistisches Alibi beizubringen, traten die Verkrochenen aus ihren Mäuselöchern hervor und begannen rechtsradikale Organisationen zu formieren. Zuerst schob man die konservativen Elemente vor, aus dem Osten geflüchtete Adelige, die auf den Gütern ihrer Verwandten herumsaßen.

Die 1946/1947 durch Fusion aus der «Aufbaupartei», «Konservativen Partei» Nordrhein-Westfalen und der «Bauernpartei» hervorgegangene «Deutsche Reichspartei» (DRP) wies zuerst die Linie des traditionellen deutschen Konservatismus, «deutschnationalen Gepräges», auf. Das 1946 festgelegte Parteiprogramm enthielt als ersten Punkt den Satz:

«Wir fordern den Rechtsstaat auf demokratischer Basis. Wir bekämpfen auf das stärkste die nationalsozialistische Staats- und Weltanschauung mit allen ihren Begleiterscheinungen in der Erkenntnis, daß jede Form des Faschismus ihrem Wesen und Ursprung nach schlechthin undeutsch ist.»

Auch wenn die damals maßgebenden konservativen Kreise kein Wiederaufleben des Nazismus wünschten, so war das oben zitierte Bekenntnis zur

Demokratie und gegen die Diktatur unecht, nur gewählt, um von den Besatzungsbehörden die Parteilizenz zu bekommen.

«Deutsche Reichspartei» Sammelbecken des Rechtsradikalismus

Doch das wahre Gesicht zeigte die DRP bald. Der Wahlkampf in der Volkswagenstadt Wolfsburg vom November 1948 erhielt ein durchaus nazistisches Gepräge, zu den Versammlungen der DRP marschierten die ehemaligen Nazi und Offiziere in schwarzen Reithosen und langen Stiefeln auf, schwarz-weiß-rote Fahnen wurden entrollt und eine demagogische Hetze getrieben. Der Erfolg blieb nicht aus, die DRP erzielte 12 von 25 Mandaten.

Bei den Bundestagswahlen im Sommer 1949 brachte die DRP in Niedersachsen fünf Kandidaten als Abgeordnete durch, darunter die beiden heutigen Mitglieder der SRP, Dr. Fritz Dorls und Dr. Franz Richter. Dorls, 1910 geboren, haben wir bereits erwähnt. Dr. Franz Richter, Jahrgang 1911, Studienrat aus dem Sudetenland und nach 1945 in Niedersachsen in diesem Beruf, wurde im Juli 1949 von den Schulbehörden aus diesem Amt entlassen, weil er seine Schüler eine neue Dolchstoßlegende lehrte. Wie die «Sopade» berichtete, brachte er seinen Schülern bei, Deutschland habe den Krieg durch Verrat der Generäle und des Hinterlandes verloren. Zahlreiche kriegsentcheidende Geheimwaffen hätten nicht mehr angewendet werden können, weil ihre rechtzeitige Herstellung von Saboteuren hintertrieben worden sei. Als niedersächsischer Landesvorsitzender der DRP taxierte Richter einige Zeit vorher das Parteiprogramm von 1946 als reaktionär und «völlig überholt».

Im Bundestag schlossen sich die DRP-Abgeordneten mit Dr. Leuchtgens von der «Nationaldemokratischen Partei» zur Fraktion der «Nationalen Rechten» zusammen. Doch lange bestand diese Gruppe nicht, bald fiel sie auseinander wie die ganze DRP. Spaltungerscheinungen traten auf, als die radikalsten und nazistischsten Elemente, wie Dr. Gerhard Krüger, Träger des goldenen Parteiabzeichens, ehemals Mitarbeiter Rosenbergs und stellvertretender Chefredaktor des «Völkischen Beobachters», sowie Generalmajor a. D. Otto Ernst Remer, der am 20. Juli 1944 von Hitler den Befehl erhielt, die Verschwörung niederzuschlagen, sich in den Vordergrund zu drängen versuchten.

Im Wahlkampf machte Remer eine Reihe von Äußerungen, die der Führung der DRP mißfielen, wie: «In zwei Jahren sind wir so weit, daß wir die Macht antreten können. Ich verschweige nicht, daß wir uns besonders an die

ehemaligen Nationalsozialisten wenden.» In verschiedenen Sitzungen distanzierte sich die DRP-Leitung von den Ausführungen Remers, ebenso von Dr. Dorls und Dr. Krügers. Die beiden letzteren wurden auf der Landesdelegiertenversammlung der DRP in Hannover vom 2. Oktober 1949 «wegen Verletzung der Parteidisziplin, Cliquenbildung und Störungen der inneren Harmonie der Partei» ausgeschlossen, um ein «Absacken in den radikalen Nationalismus» zu verhindern.

Rechtsradikales Durcheinander

Wenige Stunden nach dem Beschluß der DRP-Delegiertenversammlung verkündete in einem benachbarten Lokal Dr. Dorls die Gründung der «Deutschen Sozialistischen Reichspartei».

Darauf tobte ein «Bruderkampf» um jeden einzelnen Ortsverein, nach dessen Ende festgestellt werden konnte, daß ungefähr ein Drittel der DRP zur «Sozialistischen Reichspartei», wie sich die Organisation Dorls nun nannte, überging. Aus Konkurrenzgründen suchten die verbleibenden DRP-Funktionäre in der Agitation die SRP zu übertrumpfen, doch der Zerfall war nicht mehr aufzuhalten.

Die versuchte Fusion mit der «Nationaldemokratischen Partei» Hessens an der Delegiertenkonferenz in Kassel vom 21. und 22. Januar 1950 war begleitet von einer gleichzeitigen Abspaltung. Ein Teil der niedersächsischen «Deutschen Rechtspartei» und ihr Landesvorstand vereinigten sich mit der ursprünglichen «Nationaldemokratischen Partei» Hessens. Die die Vereinigung ablehnenden Teile betrachteten sich als Gesamtpartei und als die «Nationale Rechte». Es bestanden in diesem Augenblick drei neonazistische Organisationen: «Deutsche Reichspartei», «Sozialistische Reichspartei» und «Nationale Rechte». Weitere Gebilde, wie der «Deutsche Block», die «Deutsche Gemeinschaft», die Gruppen Hedlers, Feitenhansls, Münchows usw. traten auf den Plan, doch bis jetzt ohne nennenswerte Bedeutung. Auf dieses heillose Durcheinander der rechtsradikalen Gruppen näher einzugehen, erübrigt sich. Die meisten sind auf kleine Bezirke beschränkt. Die SRP («Sozialistische Reichspartei») ist von all diesen Gebilden am gefährlichsten, und sie findet die größte Resonanz. Sie allein trat im vergangenen Wahlkampf in Niedersachsen – der Heimat der rechtsradikalen Elemente – mit Erfolg in die Arena. Wird die SRP vom Bundesverfassungsgerichtshof gemäß der Klage der Bundesregierung verboten, dann scheint es allerdings auf der Hand zu liegen, daß bereits bestehende oder neu zu gründende rechtsradikale Gruppen wenigstens einen Teil der jetzigen SRP-Mitglieder aufnehmen werden. Doch

der Entscheid des Bundesverfassungsgerichtes wird noch einige Wochen, vielleicht sogar Monate, auf sich warten lassen.

Die «Sozialistische Reichspartei»

Die SRP hat ihre Schwerpunkte innerhalb Niedersachsens, in den Gebieten Nordhannover, Nordoldenburg, Lübbecke, Hadeln, Schaumburg-Lippe, Dannenberg, Lüneburg und Braunschweig-Land. Während sie bei den verschiedenen Landtagswahlen in West- und Süddeutschland entweder nicht kandidierte oder erfolglos blieb (in Nordrhein-Westfalen, Sommer 1950, bloß 0,2 Prozent der Stimmen), errang sie am 6. Mai 1951 in Niedersachsen einen durchschlagenden Erfolg von 11 Prozent! In vier Kreisen kam sie gar direkt mit ihren Kandidaten durch, so in Diepholz (32,9 Prozent der Stimmen), Bremervörde (32,9 Prozent), Lüneburg-Land (29,7 Prozent) und Hameln (29,7 Prozent). Das sind überwiegend Gebiete des Großgrundbesitzes und des Großbauerntums, während die Gegenden des Kleinbauerntums im südlichen Teil Niedersachsens sich als viel widerstandsfähiger erwiesen, und in den Industrieorten und Städten konnte die SRP wenig oder nichts ausrichten, dank dem Widerstand der organisierten Arbeiterschaft.

Unbelehrbare PG's und Militaristen, Leute, die unter Hitler Karriere machten und jetzt wieder Morgenluft wittern, das sind die treibenden Kräfte. Das Marschland und die Lüneburger Heide waren schon vor dem Machtantritt Hochburgen der Nazi. Vor 1914 und teilweise darüber hinaus, bis zur Wirtschaftskrise von 1930, dachten die Bauern und Landarbeiter wie der Gutsherr ihres Dorfes. Dieser war königstreuer Welfe, und da er wohl das Richtige wissen mußte, waren die Bauern es auch. Doch mit dem Preissturz von 1931, den gleichbleibenden Zinsen und zunehmenden Abgaben an den Staat, änderte sich die Haltung dieser sehr engstirnigen und politisch völlig ungebildeten Landbevölkerung. Großer sozialer Zündstoff war vorhanden, und die Redner der Nazi verstanden es, mit ihrem Pathos das Gemüt dieser Leute anzusprechen, sie mit ihren Parolen von der «Brechung der Zinsknechtschaft» und ihrer Polemik gegen das herrschende Regierungs- und Wirtschaftssystem für sich zu gewinnen. Während die anderen Redner kaum Anklang fanden, eroberten die Nazi in wenigen Versammlungen die Bauern; bloß der Gutsherr blieb nach wie vor Anhänger der Welfen.

Vom Kriege haben die niedersächsischen Dörfer wenig verspürt, und in der Nazizeit hatten die Bauern erträgliche Zinsen und auskömmliche Preise. Nicht mehr der Gutsherr war Bürgermeister ihres Dorfes, sondern einer der

ihren, sie fühlten sich gleichberechtigt; die von den Nazi mit den Füßen getretenen politischen und geistigen Freiheiten waren ihnen schon vorher fremd. Am Ende des Krieges, als man im Rheinland längst zu murren und abzufallen begann, hielten die Heidebauern in den niedersächsischen Dörfern noch getreu zum «Führer». Sie sind Nationalsozialisten geblieben, in ihren Augen waren nach dem Zusammenbruch wieder die Zustände vorhanden, die die Ursache für den Ausbruch der Wirtschaftskrise gebildet hatten.

Nach der «Aufweichung» durch zündende Marschmusik, mit der Verkündung ähnlicher Thesen wie ehemals die Nazi sie vortrugen, und dem entsprechenden Pathos, war die Heide wieder gewonnen, manches Dorf als wichtiger Stützpunkt erobert. Bei Einzelgemeindewahlen im vergangenen Frühjahr zog die SRP in drei von fünfzehn Gemeinden in den Gemeinderat ein. Westerwald, im Kreis der Grafschaft Schaumburg, hat sogar eine ausschließliche SRP-Vertretung gewählt.

Die Versammlungen der SRP weisen gänzlich eine Naziatmosphäre auf. Die Mitglieder erscheinen meistens in schwarzen Reithosen und langen Stiefeln. Im Saale ist ein starker Ordnungsdienst in eifriger Tätigkeit. Nachdem Marschmusik die Gemüter aufgeweicht hat, eröffnet im zackigen Preußenton der Vorsitzende die Versammlung. Ebenso wie der Vorsitzende beginnt auch der Referent seine Ansprache mit den Worten: «Deutsche Männer! Deutsche Frauen! Kameraden!» um darauf in einem unermüdlichen Redestrom die Gefühle der Anwesenden in Wallung und die Frauen zum Weinen zu bringen. Meist sprechen die Referenten so lange, daß fast von selbst sich der Grund ergibt, auf eine Diskussion zu verzichten! Die vorgebrachten und wild durcheinander gewühlten Argumente würden in den meisten Fällen in einer richtigen kontradiktorischen Versammlung durch einen geschickten Korreferenten sehr leicht widerlegt werden. Aber so unverständlich es dem politisch gebildeten Menschen auch sein mag, die von der SRP befolgte Redetaktik schlägt ein, die Leute jubeln ihr zu.

Parteiprogramm und Organisation der SRP

Eine verblüffende Ähnlichkeit mit dem Parteiprogramm der NSDAP lassen die programmatischen Forderungen der SRP erkennen. Dies ist ja keineswegs verwunderlich, erklärte doch auf einer SRP-Versammlung der frühere Generalarbeitsführer Freiherr von Bothmer, die SRP habe die gleiche Blutgruppe wie die NSDAP und Remer führte in seinen Referaten stets aus: «Ich bin und bleibe Nationalsozialist, ich würde es mir aber verbitten, als

Nazi bezeichnet zu werden!» Damit wollte wahrscheinlich Remer dasselbe sagen wie ein Schulungsbrief des Kreisverbandes Dannenberg, in dem es unter anderem heißt: «Wir verurteilen eine hundertprozentige Übernahme nationalsozialistischer Gedanken und Einrichtungen genau so scharf, *wie wir es ablehnen, Bewährtes aus der Zeit des Dritten Reiches abzulehnen*, nur weil es äußerlich mit dem Makel eines diktatorischen, zusammengebrochenen Regimes behaftet ist.»

Durch dieses Vorgehen, nur das «Gute» des Nationalsozialismus zu übernehmen, versuchen sie den neonazistischen Anstrich zu vermeiden und noch Zögernde auf ihre Seite zu ziehen.

Außenpolitisch fordert die SRP die Wiederherstellung des Reichsraumes, der sich durch «Geschichte, Kultur, Menschen- und Völkerrecht» ergebe. Nach Kommentaren von Remer und Dorls heißt dies «Wiederherstellung der Grenzen von 1939». Abzug der Besatzungstruppen und Ablehnung jeglicher Stellungnahme im Ost-West-Konflikt, dafür Errichtung einer «europäischen Ordnung» zwischen Ost und West, verlangt die SRP weiter, sowie die Aufhebung und Wiedergutmachung der Entnazifizierung. Im Stile des Nationalsozialismus folgt ein Bekenntnis zu «einem aus unserer Zeit erwachsenen Volkssozialismus». In Nachahmung nationalsozialistischer Bestrebungen wird der Arbeitsdienst herbeigewünscht; die konsequente Ausschaltung der Gewerkschaften und die Ablehnung des außerbetrieblichen Mitbestimmungsrechtes, die «Brechung der Zinsknechtschaft» und eine «sparsame Verwaltung mit Berufsbeamten» gefordert.

Typische Rattenfänger, wie ehemals die Nazi, machen sie allen Bevölkerungsschichten große Versprechungen, wobei die Führung der SRP zum vornherein entschlossen ist, sie nicht einzuhalten, vielmehr im entscheidenden Moment das vorzukehren, was sie als nötig erachtet, unter Annullierung aller andern Programmpunkte. Diese Möglichkeit sieht das Parteiprogramm sogar vor, heißt es doch im letzten Abschnitt:

«In der heutigen Notlage des deutschen Volkes muß jede Einzelforderung, die geeignet ist, Gegensätze in unserem Volk aufzureißen oder zu vertiefen, zurückgestellt werden. Erforderlich ist die *Konzentration aller Kräfte auf wenige große Ziele und Aufgaben*, die sich aus unserer nationalen Notlage ergeben und im Zusammenhang damit eine *umfassende und wahrhaft tiefgehende Erneuerung unseres politischen Lebens!*»

Da die gesamte Entscheidung beim Parteirat liegt, der höchstens 25 Mitglieder zählt, ist der undemokratische Charakter dieser Partei bereits durch die Statuten gekennzeichnet.

Die oberste Instanz ist also der Parteirat. Er besteht aus den neun Gründern für die Dauer von fünf Jahren, den Landesverbandsvorsitzenden sowie



den vom Parteivorsitzenden auf die Dauer von zwei Jahren hinzugerufenen Mitgliedern. Dabei darf die Zahl der Gründer und der Hinzugerufenen – der Parteivorsitzende abgezählt – nicht größer sein als die Zahl der möglichen Landesvorsitzenden. Da im Moment 12 Landesvorsitzende möglich sind, ist es also dieses 25köpfige Gremium, das die gesamte Verantwortung trägt. Und da in jedem Falle die nichtgewählten Mitglieder in der Mehrzahl sind, liegt die eigentliche Macht bei den Gründern und vor allem beim Parteivorsitzenden. Dies wirkt sich um so stärker aus, als der Parteirat den Parteivorstand bestimmt, dieser wiederum die von den Landesdelegiertenversammlungen zu wählenden Landesvorsitzenden genehmigt.

Die grundsätzliche Lenkung der politischen und organisatorischen Arbeit der Gesamtpartei liegt beim Parteirat. Die Parteiversammlung (Delegiertenkonferenz) verfügt bloß über begutachtende Funktionen. Eine feste Verhältniszahl zwischen Delegierten und Mitgliedschaft existiert nicht, das wird von Fall zu Fall vom Parteivorstand bestimmt.

Auf der unteren Ebene der Landes- und Kreisverbände gilt ein ähnliches Schema; in keinem Falle ist auch nur formell der demokratische Organisationsaufbau vorgesehen.

In Niedersachsen sollen in 80 Kreisverbänden 10 000 Mitglieder erfaßt sein. In Schleswig-Holstein ist die SRP nicht so stark wie in Niedersachsen, da findet sie starke Konkurrenz in verschiedenen anderen neofaschistischen Gruppen, die zwar allein nicht über großen Einfluß verfügen – und im BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten), der nicht ohne Grund im Berliner Wahlkampf von sozialdemokratischer Seite als «Bund der Hitler-treuen Erinnerungslosen» bezeichnet wurde, was er vor allem in Schleswig-Holstein zu sein scheint.

Nach den Angaben der SRP-Führung gibt es auch in Hessen bereits eine größere Zahl organisatorischer Stützpunkte. In Süddeutschland vermag sie nur sehr langsam Fuß zu fassen. Doch zu nennenswerten Erfolgen ist die SRP auch in Bayern nicht gekommen, da hier bereits der «Deutsche Block» und die «Deutsche Gemeinschaft» wühlen. Eine alte nazistische Hochburg ist dagegen Coburg im nördlichen Bayern, und hier versuchen sich vor allem nazistische Verlage zu installieren. In Coburg erscheint zum Beispiel die Monatszeitschrift «Nation Europa», das Forum der internationalen Faschisten von Mosley bis Hans Oehler!

Im nordrheinisch-westfälischen Industriegebiet dagegen, wie im oberen Rheinland, vermögen die Neofaschisten kaum Fuß zu fassen. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft wie die stark katholische Landbevölkerung stehen neofaschistischen Propagandaaktionen ablehnend gegenüber. Da

die in Nordrhein-Westfalen sich niedergelassenen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge aus den Ostgebieten in den Arbeitsprozeß eingereiht sind, im Gegensatz zu den Flüchtlingsländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern, bieten auch diese kein Agitationsobjekt für die Neofaschisten.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Städte und Industrieorte, dank dem Widerstand der Arbeiterorganisationen, und die katholischen Landgebiete bis dahin am allerwenigsten neofaschistische Strömungen zu verzeichnen haben. Die Gefahrenherde liegen in den protestantischen Gegenden Norddeutschlands, vorwiegend in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Der Wahlerfolg der SRP in Bremen ist auch nicht in Bremen selber, sondern in den umliegenden Orten erzielt worden.

Die Verhöhnung der Antifaschisten und Emigranten und die Dolchstoßlegende

An den rund 4000 Wahlversammlungen der SRP in Niedersachsen und an vielen weiteren Kundgebungen wurden sowohl Bonn wie Pankow (Sitz der Grotewohl-Regierung) heftig angegriffen. Ob Pieck oder Adenauer, das sei alles das gleiche, beide betrieben den Ausverkauf Deutschlands, beide seien Knechte des Auslandes, der eine Befehlsempfänger Moskaus, der andere des Petersberg. Nach der SRP ist völkerrechtlich noch immer Großadmiral Dönitz deutsches Staatsoberhaupt, denn nur die Wehrmacht habe 1945 kapituliert, nicht aber die Reichsregierung.

Doch eine besondere Fehde wird gegen die «Landes- und Hochverräter», das heißt die ehemaligen Emigranten, und die «Eidbrüchigen», die im Widerstand kämpften oder am 20. Juli 1944 beteiligt waren, ausgetragen. Remer, der nach der Vereitelung des Attentats in kurzer Zeit vom Major zum Generalmajor Karriere machte, fand es neulich notwendig, ein 32 Druckseiten umfassendes Pamphlet zu schreiben, dabei feststellend, daß er noch heute von der Notwendigkeit seines Eingreifens am 20. Juli überzeugt sei, ja gar entschlossen, in ähnlicher Lage gleich zu handeln! Dafür werden um so mehr diejenigen gelobt, die bis zur letzten Minute kämpften und «getreu ihrem Eide» ihre «Vaterlandspflicht» erfüllten. Sie fühlen sich gar als die «großen europäischen Verteidiger gegen Rußland». Schreibt doch Remer in seiner Broschüre: «Denn eines wird die Geschichtsschreibung kommender Jahrzehnte einwandfrei konstatieren, daß einzig der verbissene Widerstand zeretzter deutscher Frontdivisionen vor Wien, Prag, Berlin, Breslau und Stettin in den Maitagen des Jahres 1945 den Rest Europas vor der endgültigen Überschwemmung durch den Bolschewismus bewahrt hat.»

Und mit dieser Polemik gegen die Antifaschisten und gleichzeitigen eigenen Beweihräucherung verbunden ist die Bildung der Dolchstoßlegende. Dr. Franz Richter, der kürzlich im Bundestag eine antisemitische Rede hielt, wurde aus dem Schuldienst entlassen, weil er im Geschichtsunterricht seinen Schülern von einem Verrat der Generäle und von neuen geheimen Waffen faselte. Diese Platte wird an den SRP-Versammlungen regelmäßig aufgelegt und dabei besonders der Gefreite hervorgehoben, betonend, wenn die Generäle bis zum Schluß ihre Pflicht so erfüllt hätten wie die Gefreiten und Unteroffiziere, dann hätte der Krieg einen andern Ausgang genommen.

SRP Arm in Arm mit den Sowjets

Als Fette, der Vorsitzende des DGB, in einer Rede erklärte, sie hätten klare Beweise, daß Kommunisten und SRP zusammenarbeiten würden, drohte Graf von Westarp, einer der Gründer, mit einem Prozeß, und Fette wurde in der «Deutschen Opposition», dem offiziellen Blatte der SRP, der Verleumdung bezichtigt. Genau gleich reagierte die SRP-Führung, als von anderer Seite gleiche Vorwürfe laut wurden. Bis zur Stunde hat allerdings Westarp die angedrohte Klage vermieden, denn er weiß genau, daß der DGB über klare Beweise verfügt, genau informiert ist, was für Leute von kommunistischer Seite und welche Mitglieder der SRP an einer geheimen Besprechung in Köln teilnahmen.

Eine zumindest zweideutige Bemerkung war es, die Remer in verschiedenen Versammlungen als Wahlredner machte, wo er sich als Verkehrspolizist der Sowjets vorstellte, obgleich er sich in derselben Rede als einer der größten Verteidiger gegen den Bolschewismus vorstellte. Remer erklärte unter anderem: «Ehe wir unsere Frauen und Kinder von den Russen überrennen lassen und die Männer in der Maginot-Linie verbluten, ist es besser, daß wir uns als Verkehrspolizisten aufstellen und die Arme ausbreiten, damit die Russen möglichst schnell durch Deutschland marschieren . . . und die roten Soldaten die Ladies und Lords aus den Seidenbetten holen können.»

Bereits im April dieses Jahres berichtete der «Neue Vorwärts», das Zentralorgan der SPD, daß schon bei der Bildung der SRP die Beziehungen zu der KP aufgenommen wurden. In der Wohnung des Grafen von Westarp, der sich gerne als der «Goebbels der SRP» bezeichnet, fanden damals Besprechungen zwischen ihm und Dr. Dorls sowie dem Mexiko-Kommunisten Erich Jungmann statt. Nach dem «Neuen Vorwärts» soll Dorls erklärt haben, der Start der SRP werde die bürgerlichen Parteien zerschlagen, doch hätten sie nicht die Absicht, die KP zu bekämpfen, denn schon bei Tauroggen, beim

Versailler Vertrag usw. habe sich gezeigt, daß die «Nationalen» in Deutschland und Rußland sich ideal ergänzende Partner seien.

Die starke nationalbolschewistische Tendenz und die Verbindungen mit den Sowjets haben verschiedene bisher linientreue Nazi und SRP-Leute dazu bewogen, auszutreten und einen persönlichen Kampf gegen diese Entwicklung in der SRP zu führen. Diese Leute sind natürlich nach wie vor treue Nazi, doch der Cliquenkampf und die Ausrichtung nach dem Osten bewog sie nicht nur auszutreten, sondern gar einen Pressefeldzug zu eröffnen. Das gilt einmal für Keseberg, den vormaligen Landesleiter von Nordrhein-Westfalen, der erklärte, die SRP werde laufend aus der sowjetischen Zone finanziell unterstützt. Der ehemalige Verlagsleiter der im Sommer von den Alliierten verbotenen «Reichszeitung», Daniel, gab bekannt, daß die SRP im September 1950 40 000 D-Mark Schulden gehabt habe, die bis zum Februar gänzlich zurückbezahlt worden seien. Ing. Eberhard Stern gab eine eidesstattliche Erklärung ab, in der er versicherte, von Westarp habe von einem Verbindungsmann der SED 32 000 DM bekommen. Dem sei eine Einigung der SRP und der SED über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie vorangegangen.

Aus anderer Quelle verlautet, daß Graf von Thun, der Vetter des Chefs des Protokolls im Außenministeriums der DDR (Deutschen Demokratischen Republik), Verbindungsmann der SED zur SRP sei. Von Thun soll der ostzonalen Nationaldemokratischen Partei angehören, deren politischer Direktor, Heinrich Homann, mit der Herstellung der Beziehungen zu den rechtsradikalen Gruppen der Bundesrepublik beauftragt worden sei.

Die neonazistische Verseuchung der bürgerlichen Parteien Norddeutschlands

Die Verfassungsklage der Bundesregierung sowohl gegen SRP wie KPD ist aber nicht etwa wegen dieser Verbindungen erfolgt. Sieht schon der rechtsbürgerliche Bundesinnenminister Lehr die Gefahr vielmehr links als rechts, so machte andererseits Verkehrsminister Seehofer seine Zustimmung zum Verbot der SRP abhängig vom gleichzeitigen Verbot der KPD. Seehofer ist selber ein Mann, der sich an Versammlungen der Deutschen Partei nazistisch gebärdet. In der Wahlpropaganda der «Niederdeutschen Union» (Zusammenschluß der niedersächsischen CDU und der «Deutschen Partei») unterschied man sich kaum von der SRP, was nicht verwundert, wenn man weiß, daß der ehemalige Landesgruppenführer in Italien und Frankreich und SS-Mann Dr. Ehrlich Wahlleiter war. Von der FDP gilt ähnliches, und

viele bürgerliche Journalisten stellten fest, daß neben dem unbedeutenden Zentrum nur die SPD als eine demokratische Partei angesprochen werden könne.

Und während Bundesinnenminister Lehr kurz vor der Wahl von der niedersächsischen Landesregierung ein Verbot der SRP forderte, gingen in Schleswig-Holstein die bürgerlichen Parteien an einzelnen Orten mit der SRP ein Wahlbündnis ein. Auf Niedersachsen und Schleswig-Holstein bezogen, trifft daher die Bemerkung Dr. Schumachers zu, die Regierungsparteien gebärdeten sich in Bonn super-europäisch, in der Provinz dagegen super-nationalistisch.

NATALIE MOSZKOWSKA

Der alte und der neue Faschismus

Die durch den Zweiten Weltkrieg erschütterten faschistischen Kräfte haben sich mittlerweile wieder erholt, gesammelt und neuformiert. Obwohl der Faschismus vor mehreren Jahren an politischem Kredit stark eingebüßt hat, ist eine faschistische Bewegung im Westen wieder im Gange. Die soziale und politische Reaktion des alten und neuen Typus ist auf der Lauer und wartet nicht untätig ihre Stunde ab. In manchen Staaten erobert sie Schritt um Schritt neue Positionen. Und so scheint es nicht überflüssig, sich über das Wesen des Faschismus von neuem Rechenschaft abzulegen.

1.

In Rußland, einem osteuropäischen Lande, in welchem die bürgerlich-demokratische Revolution, die im Westen bereits vor anderthalb Jahrhunderten den Feudalismus und Absolutismus beseitigt hatte, noch fällig war und der schwach entwickelte Kapitalismus sich noch relativ leicht stürzen ließ, konnte der Wandlung der Staatsstruktur diejenige der Wirtschaftsstruktur bald folgen. Der Faschismus, diese konterrevolutionäre Bewegung, verbreitete sich seinerzeit in denjenigen Ländern, in welchen die «Ansteckung» von der Russischen Revolution am meisten befürchtet wurde. Da der Faschismus eine Rückkehr zum Absolutismus ist, konnte er in Ländern mit zum Teil noch feudalem Charakter und noch nicht alter tiefverwurzelter demokratischer Tradition am leichtesten Fuß fassen.